

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

45. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. November 2003, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Hermann Benker

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Joachim Wagner (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. für Rolf Fischer

Weitere Abgeordnete

Uwe Greve (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für Meereswissenschaften“	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2793	
2. Modernisierung der Hochschulen	6
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2829 Punkte I und IV	
3. Haus der Geschichte	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1408	
4. a) Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2003 -	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2880	
b) Stellungnahme der Bildungsministerin zur Berücksichtigung der Fachgebiete Niederdeutsch und Friesisch in der Neufassung der Prüfungsordnung für Lehrkräfte für das 1. Staatsexamen	
Umdrucke 15/3900, 15/3918, 15/3936	
5. Bericht des Stiftungsrates über die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf für 2002	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2859	

6. Schleswig-Holsteinisches Literaturfestival	13
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2460	
7. Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte im Schuljahr 2002/2003	14
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2834 (neu)	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2921	
8. Vertretungskonzept der Landesregierung „Jede Stunde zählt“	15
9. Bericht des Bildungsministeriums in Sachen Ganztagsangebote/Verlässliche Grundschule	17
10. Werkstatttage und Betriebspraktika für Hauptschüler in Schleswig-Holstein	18
11. Terminplanung für das erste Halbjahr 2004	19
12. Verschiedenes	20

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für Meereswissenschaften“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2793

(überwiesen am 28. August 2003)

hierzu: Umdrucke 15/3706, 15/3717, 15/3730, 15/3754, 15/3820,
15/3867 (neu), 15/3917

Punkt 1 des Änderungsantrages der CDU, Umdruck 15/3917, wird mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Punkt 1 des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen, Umdruck 15/3867 (neu), mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP und der wortgleiche Punkt 2 beider Änderungsanträge einstimmig angenommen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen (siehe Drucksache 15/2988).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Modernisierung der Hochschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2829 Punkte I und IV

(überwiesen am 28. August 2003)

hierzu: Umdruck 15/3757

Abg. Weber erklärt, die von der CDU beantragte Einführung eines Landeshochschulrates, den es in ähnlicher Form bisher lediglich in Brandenburg gebe, lehne die SPD ab. Der Diskussionsprozess, in welcher Form man im Einvernehmen mit den Hochschulen ein übergeordnetes Beratungsgremium organisiere, sei allerdings noch nicht abgeschlossen.

Abg. de Jager hält die Einrichtung einer Institution - wie es sie im Übrigen auch in anderen Bundesländern gebe, zum Beispiel das Institut für Hochschulentwicklung in Bayern - für dringend erforderlich, die die Hochschulentwicklung im Lande landesweit begleite und steuere.

Abg. Birk legt Wert darauf, dass solch ein Beratungsgremium von den Hochschulen gewollt und ihnen nicht übergestülpt werde und darin neben Wissenschaftlern bedeutende gesellschaftliche Kräfte aus dem anwendungsorientierten Bereich vertreten seien.

Punkt I des CDU-Antrages wird mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt. Einstimmig wird Punkt IV in folgender geänderter Fassung angenommen:

„IV. Eine bessere Kooperation mit Hamburg

Im Einzelnen fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag:

- die Abstimmung des laut § 18 HSG von der Landesregierung zu erstellenden Landeshochschulplans mit der Hamburger Hochschulplanung

- die gegenwärtige Abstimmung vor Einführung neuer Studiengänge und vor grundlegenden Änderungen bestehender Studiengänge

- eine gemeinsame Kapazitätsbestimmung Hamburgs und Schleswig-Holsteins auch bei den Medizinstudienplätzen.“

Punkt 3 der Tagesordnung:

Haus der Geschichte

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1408

(überwiesen am 24. Januar 2002)

hierzu: Umdrucke 15/1615, 15/1750, 15/1795, 15/2021, 15/2029, 15/2092,
15/2204, 15/2293, 15/2853, 15/2894, 15/2992, 15/3026,
15/3041, 15/3072, 15/3079, 15/3080, 15/3371

Abg. Schwarz und Abg. Harms bedauern die Entscheidung des Landtages, den Aufbau eines „Hauses der Geschichte“ abzulehnen, und behalten sich vor, das Thema zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Klug fragt nach Möglichkeiten, wenigstens das Projekt eines „virtuellen Hauses der Geschichte“, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, weiter zu verfolgen und zu Teilaspekten der neueren Landesgeschichte Landesausstellungen zu präsentieren.

Abg. Weber hält es angesichts der finanziellen Situation für eine „Illusion“, in nächster Zeit ein virtuelles Museum, das ebenfalls viel Arbeit und Geld koste, geschweige denn ein neues zentrales „Haus der Geschichte“ zu errichten.

Auch Abg. Eisenberg warnt davor, weitere Hoffnungen zu wecken, und macht auf die fehlenden finanziellen Voraussetzungen aufmerksam.

Abg. Birk hält es für „nicht redlich“, das mit viel Mühe und Engagement vorbereitete Projekt „Haus der Geschichte“ aufzugeben und gleichzeitig das wesentlich teuere Projekt „Science Center“ hochzuziehen, und bittet die Landesregierung, dem Ausschuss unaufgefordert über das Voranschreiten dieses Projektes zu berichten.

Der Ausschuss nimmt das Angebot der Bildungsministerin an, ihn über die Möglichkeiten zu unterrichten, durch Bündelung der im Lande vorhandenen Kompetenzen virtuelle Angebote zur Landesgeschichte zu präsentieren. Er nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1408, zur Kenntnis und bekräftigt seinen Beschluss vom 9. Januar und 3. Februar 2003, die in der parlamentarischen Beratung angefallenen Dokumente zum Haus der Ge-

schichte zu sammeln und möglicherweise in einer Landtagsbroschüre zu veröffentlichen sowie Gegenstände, die besonders geeignet sind, die Geschichte des Landes darzustellen, für ein zukünftiges Haus der Geschichte an geeigneten Orten aufzubewahren.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2003 -

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2880

(überwiesen am 25. September 2003 an den **Europausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Harms setzt sich dafür ein, den Friesischunterricht in Kindergärten und Grundschulen abzusichern und die Zinserträge aus der Friesenstiftung 2003 umgehend und unbürokratisch an den Friesenrat auszuzahlen.

Abg. Tengler möchte wissen, wie viel mehr Lehrkräfte seit Aufnahme des Niederdeutschen in die Sprachencharta im Fach Niederdeutsch ausgebildet worden seien.

Abg. Eisenberg macht darauf aufmerksam, dass die Umsetzung der Sprachencharta hinsichtlich der Angebote in Niederdeutsch und Friesisch in Kindertagesstätten, Grundschule und Sekundarstufe I nicht erfüllbar sei.

b) Stellungnahme der Bildungsministerin zur Berücksichtigung der Fachgebiete Niederdeutsch und Friesisch in der Neufassung der Prüfungsordnung für Lehrkräfte für das 1. Staatsexamen

Umdrucke 15/3900, 15/3918, 15/3936

Abg. Dr. Klug, Abg. Tengler und Abg. Harms schließen sich der Kritik des Beirates Niederdeutsch an der Neufassung der Prüfungsordnung Lehrkräfte (POL I) an, durch die die Sprachen Niederdeutsch und Friesisch in der Lehrerbildung faktisch eindeutig geschwächt würden.

Abg. Weber legt Wert darauf, dass sich jeder Deutschlehrer im Studium angemessen mit der niederdeutschen Sprache befassen müsse.

M Erdsiek-Rave bedauert, dass es zu Irritationen bei der Neufassung der Lehrerprüfungsordnung gekommen sei, die das Ziel verfolge, die Autonomie der Hochschulen zu stärken. Um dem Staatsziel, die niederdeutsche und friesische Sprache zu schützen und zu fördern, gerecht

zu werden, werde es mit den betroffenen Verbänden und Hochschulen zu einer gemeinsamen Lösung hinsichtlich der Absicherung des Niederdeutschen und des Friesischen im Studium der angehenden Deutschlehrer kommen, die gegenüber der bisherigen Regelung keine Verschlechterungen mit sich bringe, und die verpflichtende Teilnahme an einer Veranstaltung im Fach Niederdeutsch in die Verordnung aufgenommen.

Der Ausschuss begrüßt die Ankündigung der Ministerin und wird die Beratung in der nächsten Sitzung, am 27. November 2003, fortsetzen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Stiftungsrates über die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf für 2002

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2859

(überwiesen am 26. September 2003 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 15/3769

Abg. Schwarz thematisiert die Frage der Staatshaftung und die Personalentscheidung beim Volkskundemuseum Hesterberg.

Abg. Birk regt eine Kooperation des Volkskundemuseums Hesterberg mit der völkerkundlichen Sammlung der Stadt Lübeck an, fragt nach der Differenz zwischen der Höhe der von der GMSH berechneten Honorarleistungen und der Höhe der Ingenieurleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure sowie Möglichkeiten der Finanzierung archäologischer Ausgrabungen.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass es einen Unterschied zwischen Volkskunde und Völkerkunde gebe und man nicht feststellen könne, dass sich das Fehlen des Verursacherprinzips auf archäologische Funde negativ auswirke. Die Frage der Staatshaftung habe sich weitgehend zur Zufriedenheit aller Beteiligten entwickelt. Die Frage zum Kostenvergleich der Honorare für Ingenieurleistungen werde sie schriftlich beantworten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteinisches Literaturfestival

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2460

(überwiesen am 21. Februar 2003)

Abg. Greve dokumentiert anhand einer Unterschriftensammlung namhafter Persönlichkeiten, dass Schriftsteller, Verlage und Wirtschaft ein Literaturfestival, das kulturelle und wirtschaftliche Impulse miteinander verbinden sollte, begrüßten. Kernfrage sei die Finanzierung. Er werde versuchen, bis Februar 2004 Sponsoren für das Projekt zu finden.

Abg. Weber bemerkt, einem weitgehend privat finanzierten Literaturfestival werde man nicht im Wege stehen und sehe ihm mit Interesse entgegen.

Die Beratung und die Beschlussfassung über den CDU-Antrag werden bis Februar 2004 zurückgestellt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte im Schuljahr 2002/2003

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2834 (neu)

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2921

(überwiesen am 25. September 2003)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Anträge von CDU sowie von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzuführen (siehe Drucksache 15/3025).

Punkt 8 der Tagesordnung:

Vertretungskonzept der Landesregierung „Jede Stunde zählt“

Umdruck 15/3611

(auf Antrag der CDU-Fraktion)

Abg. Eisenberg begrüßt, dass die Landesregierung endlich finanzielle Mittel für ein Vertretungskonzept zur Verfügung gestellt habe, und stellt eine Reihe von Fragen zur Umsetzung des Vertretungskonzepts „Jede Stunde zählt“.

M Erdsiek-Rave führt aus, die Umsetzung des Konzepts werde von der Schulaufsicht begleitet; die Schulen müssten den Schulämtern den Unterrichtsausfall monatlich melden. Als öffentlicher Arbeitgeber sei man rechtlich gebunden, mit den Vertretungskräften BAT-Verträge abzuschließen; oftmals werde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse aufzustocken oder beurlaubte Lehrkräfte als Vertretung heranzuziehen. In den sich im Aufbau befindlichen Vertretungspool könnten auch qualifizierte Kräfte ohne Lehrerqualifikation (zum Beispiel Diplomingenieure) oder Studierende aufgenommen werden. Rechtsakte wie Benotung oder Versetzungsentscheidung könnten Vertretungskräfte nicht allein ausüben.

Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium um Klarstellung, dass außerunterrichtliche Aktivitäten wie zum Beispiel „Schüler Helfen Leben“ nicht auf den Unterrichtsausfall angerechnet würden.

M Erdsiek-Rave stellt klar, dass neben dem regulären Unterricht stattfindender Unterricht in anderer Form - wie Theaterbesuche, Wandertage, Projekttag, Praktika, Sozialer Tag - nicht in die Statistik zum Unterrichtsausfall einfließe. Fortbildung von Lehrkräften sei ausdrücklich erwünscht und auch weiterhin während der Unterrichtszeit möglich, allerdings dürfe dadurch kein Unterricht ausfallen, sondern die Schule müsse eine entsprechende Vertretung organisieren. Über die Durchführung des SCHILF-Tages werde derzeit mit den Lehrerverbänden verhandelt.

Abg. Birk bittet das Ministerium darum, dem Ausschuss die Begründung dafür, dass Kräfte, die regulären Unterricht in der Schule vertreten, nach BAT bezahlt werden müssten, schriftlich zukommen zu lassen.

Abg. Eisenberg bittet darum, den Ausschuss nach Ablauf des ersten Schulhalbjahres im Februar 2004 über den Umfang und die Bemessungskriterien des Unterrichtsausfalls zu unterrichten.

Abg. de Jager ermutigt das Bildungsministerium, schulinterne Lehrerfortbildung nicht mehr während der Unterrichtszeit zuzulassen und das Vertretungskonzept in Erlass- oder Verordnungsform zu gießen. - Letzteres lehnt die Ministerin mit Blick auf die Stärkung der Eigenverantwortung der Schule ab.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums in Sachen Ganztagsangebote/Verlässliche Grundschule

(auf Antrag der CDU-Fraktion)

Abg. Eisenberg problematisiert die Auswirkungen der Einführung der Verlässlichen Grundschule auf die Durchführung von Arbeitsgemeinschaften und Förderunterricht, die Unterrichtsversorgung in den Hauptschulen und die Zukunft der Betreuten Grundschulen.

Abg. Birk spricht sich dafür aus, pädagogische Fachkräfte Betreuter Grundschulen im Wege des Projekts „Geld statt Stellen“ für den Aufbau der Verlässlichen Grundschule und den vermehrten Unterricht heranzuziehen.

M Erdsiek-Rave stellt klar, Ziel der Einführung der Verlässlichen Grundschule sei es, dass sich Schüler und Eltern darauf verlassen könnten, dass die Schüler vier beziehungsweise fünf Zeitstunden täglich in der Schule seien und mehr Unterricht stattfinde. Personal der Betreuten Grundschule könne im Rahmen des soeben diskutierten Vertretungskonzepts zur Vertretung herangezogen, aber keinesfalls anstelle von Lehrkräften für den planmäßigen Unterricht eingesetzt werden. Das Land fördere die Betreuten Grundschulen nach Zeitstunden weiter. An den bisher 108 Verlässlichen Grundschulen funktioniere die Zusammenarbeit mit der Betreuten Grundschule, hätten sich die verschiedensten Modelle entwickelt und werde von der Möglichkeit, die Zeitvorgabe um 10 % zu unterschreiten, bei 60 % der Schulen aus unterschiedlichen Gründen (zum Beispiel Personalstruktur, Klassengröße) Gebrauch gemacht. Vorrang vor Arbeitsgemeinschaften u. a. habe der reguläre Unterricht. Für die Einführung der Verlässlichen Grundschule in den kreisfreien Städten - damit greift sie eine Frage von Abg. Eisenberg auf - seien im Haushalt 50 Stellen ausgewiesen und 25 Stellen über das Projekt „Geld statt Stellen“ vorgesehen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Werkstatttage und Betriebspraktika für Hauptschüler in Schleswig-Holstein

(auf Antrag der SPD-Fraktion)

Auf eine Frage von Abg. Jacobs teilt M Erdsiek-Rave mit, in allen Hauptschulen würden Betriebspraktika und weitere berufsorientierende Maßnahmen durchgeführt. 40 % der Hauptschulen in Schleswig-Holstein führten darüber hinaus Werkstatttage durch, bei denen die Schüler in Betrieben die Praxis kennen lernten. Die Angebote an Werkstatttagen und Betriebspraktika seien von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten abhängig.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2004

Der Ausschuss legt folgende Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2004 fest:

15. Januar,

5. und 26. Februar,

1. April,

Informationsreise nach England vom 21. bis 24. April,

eine Sitzung im Mai,

3. Juni.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf eine Frage von Abg. Wagner erwidert M Erdsiek-Rave, im Zusammenhang mit der Einführung der Lernpläne werde es eine Handreichung für die Schulen geben.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer